

Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion DIE GRÜNEN und Fraktion DIE LINKE zur Sitzung des Rates am 19.04.2021

Sicherer Hafen Duisburg

Der Rat der Stadt Duisburg bekennt sich zu seiner Verantwortung für eine humane Flüchtlingspolitik. Die Stadt Duisburg hat mit der Unterstützung zahlreicher Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren aktiv Solidarität gezeigt, den Geflüchteten Hilfe gewährt und wird dieses auch in Zukunft tun.

Der Rat der Stadt Duisburg möge beschließen:

1. Die Stadt Duisburg setzt sich bei Land und Bund für eine stärkere Bekämpfung von Fluchtursachen und für sichere Fluchtwege ein.
2. Als ein klares Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit unserer Stadt und ihrer Menschen, erklärt sich die Stadt Duisburg zum „Sicheren Hafen“ und tritt dem Städtebündnis „Sichere Häfen“ bei.
3. Die Stadt Duisburg ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, geflüchtete Menschen, die im Mittelmeer in Seenot geraten, zusätzlich zur Verteilquote in angemessener Zahl aufzunehmen. Für die Verteilung und Unterbringung von aus Seenot geretteter Menschen muss die Bundesregierung eindeutige Regelungen schaffen.

Der Rat der Stadt Duisburg bittet die Vertreter und Vertreterinnen in Bundestag und Landtag, sich für diese Ziele einzusetzen.



Begründung:

Duisburg folgt mit diesem Beschluss der Entscheidung von mehr als 200 Städten in Deutschland, sich zum „Sicheren Hafen“ zu erklären. Als weltoffene Stadt mit langer Migrationsgeschichte ist Duisburg solidarisch mit Menschen, die vor Krieg und Gewalt fliehen. Menschen auf der Flucht brauchen sichere Fluchtwege und eine menschenwürdige Aufnahme. Die katastrophale Situation der Geflüchteten an den Außengrenzen der EU, unter anderem am Mittelmeer, hat sich durch die Corona-Pandemie noch weiter verschärft. Humanität und Menschenwürde sind wichtige Grundwerte, die für alle Menschen geschützt werden müssen.